A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 17. März 1926
Mittwoch Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 80—82. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R M in Berlin durch Boten

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichterscheinen kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
17.3.m Nr. 127 10 Pfennig

Brasilien sprengt die Genfer Tagung.

Sein Wortbruch. — Deutschland soll erst im September aufgenommen werden. — Südamerika gegen Brasilien. — Auch andere Saboteure? — Erklärung der Locarno-Mächte. — Allerletzte Hoffnungen. — Deutschlands Loyalität wird allgemein anerkannt.

Sonderbericht der DAZ.

Dr. F. K. Genf, 16. 3.

Die Bombe ist geplatzt. Der entsetzliche Wirrwarr des Nichmittags hat seine Aufklärung gefunden. In der Mittagssitzung mit Briand und Chamberlain wurde von diesen beiden Herren der deutschen Delegation die Mitteilung gemacht, daß Brasilien an seinem Veto festhalte und gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stimmen werde. Es war selbstverständlich, daß die deutschen Delegierten jegliche Verhandlung darüber ablehnten, etwa in den Bund einzutreten, ohne den zugesagten ständigen Ratssitz zu erhalten; eine Aufklärung, die durchaus mit den Anschauungen des Genfer Verhandlungen feststellte und erklärte, die Aufnahme Deutschlands sei zu vertagen.

Im Laufe des Nachmittags wurde aber bei Engländern und Franzosen bekannt, daß die Gesamtheit der in Genf anwesenden Vertreter der südamerikanischen Staaten mit Ausnahme Brasiliens einstimmig den formellen Beschluß gefaßt hätten, in Rio de Janeiro einen Kollektivschritt zu unternehmen und die brasilianische Regierung zu bitten, ihre ablehnende Haltung zu ändern. Auf Grund dieser Mitteilung kam im Laufe des Abends, wie nebenstehend ausgeführt, Briand und Chamberlain zur deutschen Delegation, und man vereinbarte nunmehr

das folgende gemeinsame Kommuniqué:

„Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben heute vereinigt, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den aufgetauchten Schwierigkeiten des Verfahrens ergibt, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, daß sie im Begriffe waren, zu einer Uebereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren.

Falls, wie zu befürchten ist, die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der sieben Signatarmächte das Protokoll von Locarno behalten, daß sie im gegenwärtigen Augenblick das von ihnen angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen jedoch mit Befriedigung fest, daß das Friedenswerk, das sie in Locarno verwirklichten, und das in seinem ganzen Werte und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrecht zu erhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Ueberzeugung, daß bei der nächsten Bundesversammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden, und daß die Verständigung, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird."

Diese Mitteilung besagt, kurz ausgedrückt, daß die Signatare von Locarno mit 95 Prozent Gewißheit mit einem Abbruch der Verhandlungen rechnen. Das Kommuniqué wird trotzdem in die konditionale Form gebracht, die der Beginn des zweiten Absatzes enthält. Es wäre ja immerhin noch möglich, daß heute nacht Brasilien Herrn Mello Franco zu einer Aenderung seiner Haltung veranlaßt. Wahrscheinlich ist das nicht mehr. Die von uns kürzlich geschilderten persönlichen Umstände, die auf Mello Franco wirken, bestehen unverändert fort; es trifft das Unerhörte ein, daß aus solchen subjektiven Gründen ein großes Land sein in feierlicher Form gegebenes Wort bricht und sich in Gegensatz zu der erdrückenden Mehrheit aller Staaten der Welt begiebt. Man würde jedenfalls die brasilianische Regierung um die unglaubliche Verantwortung nicht beneiden, die sie durch diese verbohrte und unbeleihbare Haltung auf sich genommen hat. In der morgigen öffentlichen Vollversammlung wird es auch nicht an der richtigen Kennzeichnung dieses intrigantenhaften und hinterhältigen Spieles fehlen.

Nun kann hier jeder, der es hören will, die Feststellung machen, daß man in manchen Kreisen annimmt, die brasilianische Haltung gehe zum Teil auf Motive zurück, die außerhalb Brasiliens liegen. So wird erzählt, die italienische Regierung habe angeordnet, daß in der Presse der brasilianische Standpunkt unterstützt werde. Zeitungen, die diesem Gebot zuwiderhandeln, würden konfisziert. Auch soll die Kleine Entente ihre Hand hierbei im Spiele haben. Nach den loyalen Erklärungen des Ministers Benesch von heute morgen hat die zweite Version sehr geringe Wahrscheinlichkeit. Gerade von diesen Staaten wäre es eine hirnverbrannte Politik, den Völkerbund selbst, an dem sie mit all ihrer westlerischen Ideologie hängen, in dieser Weise in seinem Bestande zu bedrohen. Eher ist wohl eine unfreundliche Haltung Mussolinis möglich; aber auch hier möchten wir das Gegenteil annehmen. Trotz aller Mißverständnisse und Intrigen dieser Tage, hat doch die Führung der italienischen Delegation wenigstens in den Verhandlungen, denen auch die Deutschen beinwohnten, durchaus eine Haltung eingenommen, die als positive Förderung zu bezeichnen war.

An dieser Stelle sind heute und gestern schwere Bedenken gegen das Kompromiß zum Ausdruck gebracht worden, das auf dem Wege war. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß dieses Kompromiß einen Erfolg der französischen Ziele bedeutet hätte. Gewiß sollte Polen nicht allein in den Rat aufgenommen werden; das Kräfteverhältnis wurde nicht geändert. Das deutsche Prinzip, keine Ratserweiterung zuzulassen, wäre durchbrochen, aber in der Sache hätte Briand doch erreicht, was er wollte: Polen hätte als Pfaffer für Locarno den Ratssitz erhalten und die Möglichkeit gehabt, mit dem liborum veto, das in der polnischen Geschichte eine große Rolle spielt, jeden verunsichtigen Beschluß des Rates in den Fragen, die Deutschland in West und Ost auf das stärkste interessieren, zu verhindern. Aber auch wer grundsätzlich Locarno und die darauf folgende Politik bejahrt hat, wird die schwersten Besorgnisse über die jüngste Entwicklung nicht unterdrücken können. Klar ist nur das eine, daß Deutschland nicht die geringste Schuld trägt.

In dem Kommuniqué wird festgestellt, das Friedenswerk von Locarno bleibe in seiner ganzen Kraft bestehen. Das ist nicht viel mehr als ein frommer Wunsch. Juristisch sind die Verträge ohne Deutschlands Beitritt zum Völkerbund nicht in Kraft getreten, und wir wollen jetzt einmal die französischen Generäle und Chauvinisten sehen, wie sie sich daraus berufen werden, daß Locarno nicht mehr in Wirksamkeit sei. Eine grundsätzliche Aenderung der deutschen Politik kommt trotz der jämmerlichen Erfahrungen, die wir in Genf gemacht haben, nicht in Frage. Wer etwa glauben sollte, daß jetzt die Möglichkeit gegeben sei, wir möchten sagen, in revolutionärer Weise gegen das System von Versailles vorzugehen, begeht einen schweren Irrtum, weil er die Kräfteverhältnisse in unserem Volke, wie sie tatsächlich liegen, unrichtig einschätzt. Wir sind im Augenblick zu schwach, prinzipiell eine andere Politik zu treiben, als sie begonnen wurde. In dieser Politik aber erleiden wir jetzt einen schweren Rückschlag, der dazu führen könnte, manche Etappe des zurückgelegten Weges neu zu überdenken.

Der Genfer Völkerbund allerdings hat sich in einem Ausmaße blamiert, von dem man noch in fernsten Zeiten künden wird. Die sogenannten großen Staatsmänner der anderen, denen es so leicht fiel, Deutschland, nachdem es wehrlos gemacht wurde, in Ketten zu schmieden und immer neue Quälen für uns auszuersinnen, erweisen sich, in der Nähe gesehen, als die kleinen Wichte mit allen menschlichen Schwächen und Eitelkeiten, als die ihr Werk sie lange schon kennzeichnet. Und der andere Gedanke: Der Völkerbund, ein Weltparlament, geboren aus dem überdemokratischen Gedankenkreise Wilsons, wird in seiner außerordentlichen Tagung in die Luft gesprengt, weil ein eitler Schwätzer aus Südamerika für alle Argumente taub ist. Es muß schon etwas Großes sein mit dem festlichen und politischen Wert Deutschlands, daß die Welt aufgewühlt wird und die Führer in den Kabinetten zu lächerlichen Marionetten herabsinken, wenn die Deutschen auf dem Plan erscheinen. Wenn freilich fanatische Völkerbundsfreunde der Katastrophe wenigstens das eine Gute nachsagen: sie hätte bewiesen, daß die westlichen Großmächte keinen auskühlaggeschenden Einfluß im Bunde besitzen, so geht dieser Euphemismus an dem Kern der Dinge völlig vorbei.

Ob freilich morgen früh nicht doch eine andere Situation besteht, ob Brasilien doch nicht mit einem großen Theaterzoup seinen Einspruch zurückzieht und alles in schönster in schönster Wonne verläuft, vermag nach den Erlebnissen dieser zehn Tage kein Mensch zu sagen. Man wird gut tun, auch mit dieser Möglichkeit, wenn sie auch verschwindend gering ist, noch zu rechnen und das letzte Urteil über die Vorgänge der ersten Märzhälfte bis dahin zurückzustellen. Für Deutschland selbst ist die Wendung der Dinge vielleicht günstiger als das faule Kompromiß, falls es nicht am Ende doch noch ganz anders kommt.

Bedingter Vertagungsbeschluß des Rats.

Sonderbericht der DAZ.

Dr. F. K. Genf, 16. 3.

In der inoffiziellen Sitzung des Rats wurde mit 7 gegen 3 Stimmen beschlossen, den Antrag auf Vertagung der Aufnahme Deutschlands anzunehmen. Dagegen haben gestimmt Japan, Uruguay und Brasilien. Sollte im Laufe der heutigen Nacht aber bis morgen 10 Uhr vormittags doch eine abweichende Antwort aus Rio de Janeiro eintreffen, so hätte der Rat natürlich die Möglichkeit, seinen Beschluß noch zu ändern.

Das Durcheinander im Völkerbund

Die Herrschaft der Viertelstunde. — Der Dienstag in Genf.

Sonderbericht der „DAZ".

Dr. F. K. Genf, 16. 3.

Ein Nachmittag und Abend des tollsten Durcheinanders. Die Gerüchte jagen einander. Eine kann mehr zu steigernde Nervosität hat alle Beteiligten erfaßt. Was jetzt richtig ist, wird eine Viertelstunde später dementiert, um eine weitere Viertelstunde später als richtig zu erscheinen. Die Teilnehmer an dieser drahtwidrigen operettenhaften Tagung sind vollkommen heruntergewirtschaftet. Man würde es überall als eine Erlösung begrüßen, wenn endlich irgendeine Entscheidung fiele.

4,15 Uhr nachmittags: Die Besprechung zwischen Luther, Stresemann, Briand und Chamberlain ist vorbei. Die beiden fremden Diplomaten verlassen das Hotel Metropole. Chamberlain antwortet auf die Frage, ob er zufrieden sei, mit ja. **Briand erklärt, die Locarno-Mächte seien zu einer Einigung gelangt; nur noch sekundäre Fragen des Verfahrens, allerdings sehr ernster Natur, seien strittig. Er nehme an, daß die Schwierigkeiten heute abend aus dem Weg geräumt sein würden.** Es werde ein amtliches Kommuniqué erscheinen.

5 Uhr nachmittags: Der italienische Unterstaatssekretär Grandi kommt in die öffentliche, äußerst langweilige Ratssitzung und teilt ihm betrauten Journalisten mit, daß **von den Locarno-Mächten beschlossen worden sei, die Aufnahme Deutschlands und die Frage der Ratserweiterung auf den Monat September zu vertagen. Der Nachricht schlägt ein Beispiel das Bückeschwad** ausgeschlagen wie eine Bombe ein. Brasilien ist also nicht zu bewegen, sein Veto gegen Deutschlands Aufnahme zurückzuziehen, und nimmt vor der Welt das Odium des Vorwurfs auf sich.

5,30 Uhr nachmittags: Ein Sekretär der englischen Delegation **dementiert die Vertagungsnachricht.** Im Völkerbundsgebäude, in den Hotels des Bergues, Beau Rivage und Metropole schwirren die Journalisten wie ein Bienenschwarm durcheinander. Wo bleibt das von Briand angekündigte Kommuniqué?

5,45 Uhr nachmittags: Von deutscher unterrichteter Seite wird nach langem Drängen mitgeteilt, daß **das Vertagungsgerücht richtig ist.** Von französischer unterrichteter Seite wird gleichzeitig die Nachricht ausgegeben, daß es **nicht richtig ist.** In der deutschen Delegation verstärkt man wieder auf das Kommuniqué.

6,15 Uhr nachmittags: In der deutschen Delegation wird jede Auskunft verweigert. Inzwischen trifft die Nachricht ein, **Brasilien habe auf seinen Anspruch doch verzichtet** und werde sich eventuell der Stimme enthalten.

Unterdessen ist nach kaum einstündiger Dauer die öffentliche Ratssitzung wieder in eine geheime Zeestunde übergegangen.

7 Uhr: Der polnische Ministerpräsident Strzynski wird telephonisch in die geheime Ratssitzung gerufen, die er nach zehn Minuten wieder verläßt. Offenbar ist ihm der Text einer Mitteilung vorgelegt worden, die im Laufe des Abends ausgegeben werden soll. Er hat zugestimmt.

7,15 Uhr kann man im deutschen Hotel hören, daß **alles in der Schwebe** ist.

7,30 Uhr geht die geheime Ratssitzung zu Ende. Graf Ichi verträstet die Wartenden auf morgen 10 Uhr vormittags, der Beginn der öffentlichen Vollversammlung. Vandervelde spricht von einer amtlichen Mitteilung, die erscheinen soll.

Chamberlain begibt sich unsichtbarsofort zur deutschen Delegation.

8,15 Uhr trifft hier auch Briand ein, den man telephonisch herbeigeholt hatte.

8,30 Uhr verlassen die beiden Herren das deutsche Hotel, um sich zu dem Essen anzuziehen, zu dem Graf Ichi alle Ratsmitglieder gebeten hat.

Zur Stunde, 9 Uhr abends, ist **bei der deutschen Delegation eine interne Sitzung** im Gange. Der Gipfelpunkt des Durcheinanders ist erreicht. Ein sehr prominenter amerikanischer Journalist macht die Bemerkung, man werde in Amerika diese skandalösen Genfer Vorfälle in 20 Jahren noch nicht vergessen haben. Das alles ist der Völkerbund und die Atmosphäre friedlicher Zusammenarbeit. Eine Burleske, die sich in immer neuen dramatischen Effekten überschlägt, ein satirisches Spiel, würdig der Feder des ägyptischen Spötters, eine Tragikomödie, bei der Akteure allmählich dem Nervenzusammenbruch nahe kommen.

Briand will Donnerstag vormittag in Paris sein.

a. **Paris**, 16. 3. (Eigenbericht.)

Briand hat in Paris wissen lassen, daß er Donnerstag früh aus Genf eintreffen wird. Bereits für 10 Uhr vormittags ist ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zur endgültigen Festlegung der Regierungserklärung anberaumt worden. Am Nachmittag wird dann das neue Kabinett vor der Kammer erscheinen.

Tanger, 16. 3. (Sonderdienst der DAZ.) Aus Tetuan hier eingetroffene Personen berichten, daß die Stadt gestern abend wieder von der Artillerie der Aufrührer beschossen wurde. Eine Granate fiel in das Haus eines führenden Notabeln von Tetuan, Sid Abd el Kader Erzini.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Ultimatum der Mächte an China.

Befriedigende Antwort bis Donnerstag mittag gefordert.

sx. **London**, 16. 3. (Eigenbericht.)

Die fremden Mächte, die Streitkräfte in Tientsin unterhalten, haben heute der chinesischen Regierung und dem Kommandanten der Takuforts das folgende 48stündige Ultimatum überreicht:

„Um die Rechte des internationalen Handels und besonders das Recht des freien Zugangs zur See von der Hauptstadt gemäß dem Boxerprotokoll zu wahren, fordern die Mächte:

1. daß alle Feindseligkeiten im Kanal von Taku-Barre bis Tientsin eingestellt werden;
2. daß alle Minen und andere Schiffahrtshindernisse beseitigt werden;
3. daß alle Seezeichen wieder in Ordnung gebracht und in Zukunft nicht mehr gestört werden;
4. daß alle kämpfenden chinesischen Fahrzeuge außerhalb Taku-Barre bleiben und die ausländische Schiffahrt nicht stören;
5. daß alle Untersuchungen ausländischer Dampfer mit Ausnahme der Untersuchung durch die Seezollbehörde aufhören.

Wenn bis Donnerstag mittag keine befriedigende Antwort erfolgt, werden die Befehlshaber diejenigen Schritte unternehmen, die sie für nötig halten."

Auf dem Flusse Peiho befinden sich zurzeit zwischen Tientsin und den Taku-Forts folgende Kriegsschiffe: **Das vorderste englische Kanonenschiff „Carlyle", ferner je ein amerikanisches, englisches, italienisches und französisches Kanonenboot,** die dauernd auf dem Peiho stationiert sind. Außerdem hat Amerika aus Manila zwei Torpedoboote geschickt, und Japan hat ebenfalls seine Station um zwei Torpedoboote verstärkt. Einer Beschießung durch diese Streitkräfte sind die Takuforts natürlich nicht gewachsen.

Im Unterhause richtete heute Mac Donald wegen des Ultimatums der Kriegsschiffkommandanten eine kleine Anfrage an Baldwin. Baldwin teilte mit, daß der Gesandte in Peking instruiert sei, keine Aktion zu unternehmen, ausgenommen in Gemeinschaft mit allen anderen Mächten. Die Regierung hätte ihn ferner informiert, daß bewaffnete Streitkräfte nur gebraucht werden dürften als letztes Hilfsmittel, die Sicherheit der Ausländer in den betreffenden Gebieten zu garantieren. Der britische Gesandte hatte den Empfang dieser Instruktionen bestätigt und sie den lokalen britischen Marinebehörden übermittelt. Ein konferenzlicher Abgeordneter fragte, ob es nicht beabsichtigt sei, eine unmittelbare Aktion zum Schutz der britischen Interessen zu unternehmen. Baldwin erklärte, daß dies nicht der Fall sei.

Peking, 16. 3. (Sonderdienst der „DAZ.")

Die Kommandanten der ausländischen Kriegsschiffe in Tientsin sind von ihren Gesandten beauftragt worden, gegen die Störung der Schiffahrt zu protestieren. Darauf begaben sich heute nachmittag um 4 Uhr französische und italienische Offiziere zu den Kommandeuren der Landstreitkräfte der Auto-Min-Armee in den Takuforts, und der Kommandant des englischen Kriegsschiffes „Carlyle" zu den chinesischen Kriegsschiffen. Die Offiziere überbrachten ein 48stündiges Ultimatum ihrer Staaten.

Schwedische Regierung stimmt Unden zu.

Stockholm, 16. 3. (Sonderdienst der DAZ.)

Nach Beratung mit dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages hat der Premierminister einen Kabinettsrat einberufen und ihm den Vorschlag der schwedischen Delegation in Genf vorgelegt, daß Schweden zugunsten einer anderen Macht auf seinen Ratssitz verzichte.

Das Kabinett stimmte diesem Vorschlag zu unter der Bedingung, daß außer Schweden noch eine andere Macht ihren Ratssitz aufgibt, und daß bei der Wahl für den Nachfolger Schwedens der Vorzug einer Nation gegeben wird, die zur selben Mächtegruppe gehört wie Schweden, also z. B. Holland.

Entsprechende Instruktion ist der schwedischen Delegation in Genf telegraphisch zugegangen. Diesseits Konzessionen soll nach Beratung mit der Kleinen Entente die Tschechoslowakei gemacht haben.

Die Presse bedauert, daß Schweden seinen edlen Anfang am vertretenen Grundsatz diesem Kompromiß geopfert hat. Die schwedischen Korrespondenten melden aus Genf, daß die schwedische Delegation der Ansicht war, daß Schweden durch dieses Arrangement den Völkerbund aus einer sehr verwirrten Lage retten konnte, die seine ganze Existenz bedrohte. Praktisch sei eine Vermehrung der Ratsmitglieder vermieden worden und ein System dauernden Wechsels zwischen den im Rate vertretenen Ländern erreicht. Mit der Zulassung Polens hätte Schweden gleichzeitig sichergestellt, daß ein anderes Land in den Rat eintritt, das zur selben Gruppe gehört wie Schweden und sich zu denselben Grundsätzen bekennt. Die Presse lehnt diese Auslegung als eine Entschuldigung ab und betont, daß das leitende Prinzip, die Unabhängigkeit des Völkerbundes gegen politische Sonderinteressen zu sichern, bedauerlicherweise gestört worden ist.

Reichsbahn und Washingtoner Abkommen.

Erklärung des Ministers Brauns auf der Londoner Konferenz.

sx. **London**, 16. 3. (Eigenbericht.)

Die Arbeitszeitkonferenz hat heute die ersten vier Artikel des Washingtoner Abkommens im großen und ganzen erledigt. Eine Differenz besteht über die Einbeziehung der Sonntagsruhe in die 48-Stundenwoche. Nach französischer Ansicht gelten die 48 Stunden nur auf sechs Wochentage, so daß Sonntagsarbeit, soweit sie den internationalen Bestimmungen entspricht, nicht mitzuzählen sei. Zur Ausarbeitung dieser Frage ist eine Unterkommission eingesetzt worden. Minister Brauns brachte heute die besondere Lage der deutschen Reichsbahn zur Sprache. Das gemäß dem Dawes-Plan erlassene Reichsbahngesetz sehe die Möglichkeit vor, daß die Arbeiter länger arbeiten, falls für die Beamten eine längere Arbeitszeit eingeführt sei. Die Beamten würden durch das Washingtoner Abkommen nicht betroffen, so daß die Bestimmungen des deutschen Reichsbahngesetzes sich mit den Washingtoner Bestimmungen treuen würden, falls man nicht die längere Arbeitszeit unter eine der Ausnahmebedingungen von Washington stelle. Hierüber wird in den nächsten Tagen noch gesprochen werden. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß irgendwelche Schwierigkeiten nicht entstehen werden, da die übrigen beteiligten Länder als Reparationsgläubiger diesen Sonderzustand der Deutschen Reichsbahn ja selbst geschaffen haben.

Der Sturz des belgischen Franken.

kr. **Brüssel**, 16. 3. (Eigenbericht.)

Der Fall des belgischen Franken bildet das Hauptthema in politischen und finanziellen Kreisen. Heute morgen wurde eine Sitzung des Finanzkomitees der Kammer einberufen. Die Regierung machte Mitteilung über den Stand der Verhandlungen über die auswärtigen Anleihen und kündigte an, daß morgen in der Kammer eine Erklärung abgegeben werden soll. Zu einem der Presse gegebenen Kommuniqué wird mitgeteilt, daß die Finanzkommission einstimmig der Ansicht sei, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen unter Zugrundelegung gewisser neuer Bedingungen und Modifikationen. Als heute nachmittag die Kammersitzung eröffnet wurde, forderten Katholiken und Liberale die sofortige Abgabe einer Regierungserklärung. Ministerpräsident Poullet erwiderte jedoch, daß er heute noch nicht antworten könne, da die Regierung noch gewisse notwendige Informationen abwarten müsse. Die durch den Kurssturz hervorgerufene Panik sei aber keineswegs gerechtfertigt.

Ein deutscher Leiter der türkischen Forstverwaltung.

sd. **Dresden**, 16. 3. (Eigenbericht.)

Der frühere sächsische Landesforstmeister Bernhard ist von der türkischen Regierung in Angora an die Spitze der türkischen Staatsforstverwaltung berufen worden. Bernhard, der jetzt Professor an der Forstakademie Tharandt ist, hat den Ruf angenommen und wird sein Amt in kurzer Zeit antreten.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	16 3	15 3.
Tägl. Geld	4½%	4½%
Berlin	23,80-23,82	23,80-23,85
3 Mon. Sichtdev.	—.—	—.—
London		
Kabel T.	4,86,06	4,86,06
Lond. Sicht	4,81,50	4,81,37
Paris	3,60,50	3,79,50
Brüssel	4,16,50	4,17,00

	16. 3.	15. 3.
Amsterd.	40,04	40,03
Madrid	14,08	14,09
Oslo	21,63	21,67
Kopenh.	26,18	26,30
Prag	2,96	2,96
Rom	4,01	4,0087
Schweiz	19,24	19,244

New York, Produktenmarkt.

	16. 3.	15. 3
Kaffee Santos	23½	23¼
Rio Nr. 7	17½	18¼
Mehl	17,22	17,41
Mais	17,27	17,45
Weizen	16,62	16,83
Zucker	16,11	16,27
Baumwolle	15,78	15,90
Schmalz	19,40	19,35
Speck	18,77	18,71
Kupfer elektr.	14-14¼	14-14¼
Blei	8,20	8,20
Zinn	77,37	77,32
Eisen	21,75	21,75

	16. 3.	15. 3.
Weizen	1,50	1,50
Mais	1,50	1,50
Hafer	1,50	1,50
Gerste	1,50	1,50
Roggen	1,50	1,50
Mehl	1,50	1,50
Schweine	1,50	1,50
Schmalz	1,50	1,50
Speck	1,50	1,50
Kaffee	1,50	1,50
Zucker	1,50	1,50
Baumwolle	1,50	1,50

Chicago, Produktenmarkt.

	16 3	15 3
Weizen Mai	163½	168½
Juli	141½	142½
Mais Mai	77½	78½
Juli	81½	81½
Hafer Mai	40½	40½
Juli	41	41½
Roggen Mai	88½	90½
Juli	90	91½
Schmalz Mai	14,57½	14,62½

	16. 3	15 3.
Speck, Lg.	7,70	8,00
Schweine	11,60-1/9 sh	1/6-1/9 sh
Kaffee	8 - 10 cts	8 - 10 cts

Der Ratssesselkrieg.

Sonderbericht der DAZ.

sch. **Genf**, 16. 3.

Der nachstehende Aufsatz ist vor dem Fiasko der Genfer Verhandlungen geschrieben. Seine Ausführungen behalten trotzdem noch ihren vollen Wert.

Die rege französische Propaganda überschüttet die Welt im allgemeinen und die Genfer Hotels, in denen Delegierte zum Völkerbund wohnen, insbesondere mit der in gewohnter Geschicklichkeit tausendfältig wiederkehrenden Feststellung: der deutsch-französische Sonderkampf habe damit geendet, daß Deutschland seinen Standpunkt durchgesetzt habe, es finde keine Kaiserweiterung statt; in der Frage der inneren Zusammensetzung des Rates habe Frankreich gesiegt. Zwischen den Zeilen dieser Propaganda und dem Hintergrund der französischen Wachtstätte steht die Verbreitung einer Situation, welche die Erweiterung des Rates für September unvermeidlich machen möchte. Entweder wurde man jetzt Deutschland irgendwelche Zusagen entreißen oder man würde im September einen ähnlichen Paragraphenauslegungskrieg wie heute entfesseln, um so fürstmeiste zum Ziele zu gelangen, nämlich 1. Schaffung einer sicheren Mehrheit in einem so vergrößerten Rate, da infolge der Unbeholfenheit dieses Körpers die Einstimmigkeitsklausel ganz von selbst in eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung überführt werden müßte, 2. die weitere Verrückung der französischen Versammlungsstimmen durch neue zuverlässige Anhänger.

Auf diesem Wege hat Frankreich, von Chamberlain persönlich unterstützt, bereits den Rückzug Schwedens durch Verzicht auf seinen Sieg erzwungen. Die Bedingung Schwedens, das noch ein anderer Staat mindestens gleichzeitig mit ihm verzichte, hat man erfüllt, indem Benesch, der in Paris lange nicht so beliebt ist, wie man in Deutschland glaubt, vorläufig dem Beispiel folgt. Belgien dagegen, dergest noch immer der sicherste Vasall des Quai d'Orsay, verzichtet nicht, obgleich es viel länger als Schweden und die Tschechoslowakei im Rate angeblich nichtständig sitzt und das nationalitätenfreie kleine Sieben-Millionen-Volk vertritt, von dem auch nur die kleinere Hälfte (die Wallonen) französisch orientiert ist. So wird überdies aus dem nichtständigen Sitz Belgiens via facti ein ständiger. Und das geschieht, obgleich die sechste Bundesversammlung durch die im September vorgenommene Wahl bewiesen hat, wie sehr sie es für richtig hält, daß der belgische Sitz endlich an einen asiatischen Staat übergehe. Darunter vor allem an China, dessen 400 Millionen Bewohner allein schon einen Anspruch an einen ständigen Sitz rechtfertigen würden und dessen Regierung allein den korrekten Weg einschlug, indem sie ihr Verlangen um Aufnahme in den Rat im Falle einer nichtbeständigen Erweiterung an die zuständigen Instanzen richtete, d. h. an das Sekretariat, zu Handen des Rates und der Versammlung.

Von einem Verzicht Uruguays indessen wurde abgesehen, da man durch Verminderung der amerikanischen Stimmen in Genf die Anziehungskraft des amerikanischen Konkurrenzinstitutes in Santiago zu fördern fürchtete und man sich des einen spanisch-südamerikanischen Staates im Rat vorgen des hochgestimmten Brasilien bedienen wollte. In diesem Sinne ist auch die Wahl des Portugiesen da Costa zum Präsidenten der Bundesversammlung zu verstehen, da dieser Herr bei der Bekämpfung der Abpfänderung seiner brasilianischen Stammesgenossen Pacheco (Außenminister) und Mello Franco (brasilianischer Botschafter in Genf) sowie bei der innerhalb der Versammlung nunmehr dringend nötigen Propaganda treffliche Dienste leisten kann und auch schon zu leisten begonnen hat. Ebenso wurde bereits gestern das uruguayische Ratsmitglied Guani als Führer der spanisch-amerikanischen Sturmkolonne gegen Mello Franco eingesetzt, und tatsächlich beteiligen sich an diesem Sturmlauf alle die mittel- und südamerikanischen Staaten, die in Genf vertreten sind, mit Ausnahme des bedauerlicherweise Erstdelegierten Codesso, nachdem man sie durch verschiedene Ehrungen im Völkerbund und in der Arbeitskonferenz warm gehalten hat.

Der Ton der Pariser lateinischen Bundesgenossen und der mit der Ehrenlegion dekorierten in Paris ansässigen Gesandten, die ständig in Genf als Delegierte fungieren, geht dahin, an die Stelle der Tschechoslowakei jetzt sofort Polen zu setzen, an die Stelle Schwedens notgedrungen irgendeines der nordischen Länder, natürlich wenn möglich durch einen Vertreter, der schon durch seine Person, seinen Pariser Sitz und den Besitz der Ehrenlegion die Sicherheit bietet, daß er sich den Befehlen des Quai d'Orsay nicht widersetzt. Dann will man im September Rumänien, diesem derzeit sichersten Vertreter der kleinen Entente, einen Sitz zuschanzen, und da im September keiner zur Verfügung stehen dürfte, müßte dann ein neuer geschaffen werden. Frankreich hätte also dann nach dem gerettelten Belgien und dem jetzt eingeschmuggelten Polen auch noch Rumänien im Rat, und Herr Chamberlain, der in Locarno zwischen Deutschland und Rußland einen Graben ausschaufelte, möchte dies in Genf hinsichtlich Polens und Rumäniens gegenüber Rußland gleichfalls besorgen, um so vielleicht auch seinem arg zerstörten Prestige wieder aufzuhelfen.

Man sieht, wie der Schacher auf der Genfer Völkerbundsbörse sich entwickelt, und man freut sich, wie sich der vielgerühmte Völkerbundgedanken dazu verhält. Sagt doch der Völker-